

Oliver Holtemöller, Axel Lindner*

Gemeinschaftsdiagnose im Frühjahr 2014

Die Gemeinschaftsdiagnose prognostiziert für Deutschland in diesem und im nächsten Jahr einen Aufschwung, den vor allem die Binnennachfrage trägt. Die Wirtschaftsforschungsinstitute befürchten allerdings, dass sich ein Konjunkturreinbruch in Russland negativ auf das deutsche Wachstum auswirken könnte. Von einem flächendeckenden Mindestlohn werden vor allem ungünstige Entwicklungen bei der Zahl der Erwerbstätigen erwartet.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Frühjahr 2014 im Aufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr um 1,9% steigen (vgl. Tabelle 1). Das 68%-Prognoseintervall reicht dabei von 1,2% bis 2,6%. Die Produktion expandiert auch weltweit in den ersten Monaten des Jahres 2014 recht kräftig. Die Impulse kommen insbesondere von den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Dort hat die Konjunktur im Lauf des vergangenen Jahres an Schwung gewonnen. Die USA und Großbritannien befinden sich im Aufschwung, und die Wirtschaft im Euroraum erholt sich langsam von der Rezession. Allerdings hat eine Reihe von Schwellenländern seit vergangem Sommer mit Kapitalabflüssen und Währungsabwertungen zu kämpfen.

Treibende Kraft in Deutschland ist die Binnennachfrage. Die Produktion ist seit einem Jahr aufwärts gerichtet, die Beschäftigung steigt beschleunigt, und die Stimmung unter Unternehmen und Verbrauchern hat sich deutlich verbessert. Auch die Auftragseingänge legen zu. Die Finanzierungsbedingungen sind weiterhin ausgesprochen günstig. Die Investitionstätigkeit hat vor diesem Hintergrund an Schwung gewonnen, wobei die Bautätigkeit allerdings auch durch den milden Winter angeregt worden ist. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte mit 1,3% im Jahr 2014 moderat ausfallen. Hier wirken sich die bisher im Vergleich zum Vorjahr günstigen Energiepreise aus; die um Energieträger bereinigte Kerninflationsrate dürfte mit 1,6% eher der konjunkturellen Situation entsprechen. Die Finanzpolitik bleibt im Wesentlichen infolge

* Dieser Aufsatz basiert auf: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Deutsche Konjunktur im Aufschwung – aber Gegenwind von der Wirtschaftspolitik, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2014, Halle 2014, http://www.iwh-halle.de/d/publik/sonst/gd/2014f/gd_lang.pdf.

der von der Bundesregierung beschlossenen Leistungsausweitungen im Bereich der Rentenversicherung expansiv ausgerichtet.

Auch 2015 bleibt das Expansionstempo hoch. Vom Außenhandel sind per saldo keine positiven Impulse zu erwarten, aber die Zunahme der Binnennachfrage bleibt kräftig. Die Institute prognostizieren, dass das Bruttoinlandsprodukt 2015 voraussichtlich um 2,0% expandieren wird. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die zu erwartenden Effekte des flächendeckenden Mindestlohns nur mit großer Unsicherheit zu quantifizieren sind. Neben den Schwierigkeiten, mit denen die Einschätzung der Folgen des flächendeckenden Mindestlohns verbunden ist, ergibt sich aus der Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union infolge des russisch-ukrainischen Konflikts für die Prognose ein weiterer Unsicherheitsfaktor.

Wirtschaftliche Folgen des russisch-ukrainischen Konflikts

Der Konflikt trifft die russische Wirtschaft in einer Schwächephase. Der Rubel hat schon im Laufe des Jahres 2013 abgewertet, und privates Kapital verließ bereits in den vergangenen Jahren das Land. Seit drei Jahren steigt der Ölpreis nicht mehr, und seitdem ist der Leistungsbilanzüberschuss in Relation zum Bruttoinlandsprodukt rasch gesunken – von 5,1% im Jahr 2011 auf etwa 1,6% im vergangenen Jahr.¹ Zuletzt hat lediglich der private Konsum aufgrund immer noch steigender Realeinkommen expandiert, während die Bruttoanlageinvestitionen – für ein Schwellenland sehr ungewöhnlich – im Jahr 2013 sogar sanken. Selbst wenn der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine deeskaliert, wird die Investitionsbereitschaft inländischer und ausländischer Unternehmen in diesem Jahr schwach bleiben. Die Zinserhöhungen durch die Zentralbank dürften darüber hinaus auch den Konsum dämpfen, da dessen Expansion zuletzt zu einem guten Teil über Kredite finanziert wurde. Unter diesen Bedingungen ist zu erwarten, dass die Produktion in Russland um nicht mehr

¹ Vgl. für die Schätzung: World Bank: Russia economic Report, Nr. 31 (3/2014).

Prof. Dr. Oliver Holtemöller leitet die Abteilung Makroökonomik am Institut für Wirtschaftsforschung in Halle.

Dr. Axel Lindner ist dort Koordinator der Forschungsgruppe „Makroökonomische Analysen und Prognosen“.

Tabelle 1
Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2011	2012	2013	2014	2015
Reales Bruttoinlandsprodukt (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	3,3	0,7	0,4	1,9	2,0
Erwerbstätige im Inland in 1000 Personen	41 152	41 608	41 841	42 151	42 236
Arbeitslose in 1000 Personen	2 976	2 897	2 950	2 865	2 883
Arbeitslosenquote ¹ in %	7,1	6,8	6,9	6,7	6,7
Verbraucherpreise ² (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,1	2,0	1,5	1,3	1,8
Lohnstückkosten ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,8	2,8	2,0	1,4	2,0
Finanzierungssaldo des Staates ⁴					
in Mrd. Euro	-21,5	2,3	0,3	3,6	14,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-0,8	0,1	0,0	0,1	0,5
Leistungsbilanzsaldo					
in Mrd. Euro	178,4	198,6	206,0	224,0	228,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	6,8	7,4	7,5	7,9	7,7

¹ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). ² Verbraucherpreisindex (2010 = 100). ³ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. ⁴ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2014 und 2015: Prognose der Institute.

als ½% zulegt. Sollte sich die politische Krise weiter verschärfen, dürfte Russland in eine Rezession abgleiten.

Welche Belastungen von einem wirtschaftlichen Einbruch in Russland für die internationale Konjunktur ausgehen, wird im Folgenden mit Hilfe von Modellsimulationen quantifiziert. Dabei wird unterstellt, dass das Bruttoinlandsprodukt 2014 nicht wie im Basisszenario um 0,5% ausgeweitet wird, sondern um

3,5% zurückgeht. Für 2015 wird anders als im Basisszenario, das eine Ausweitung um 2% beinhaltet, eine Stagnation der Produktion angenommen. Um der Unsicherheit bei der Quantifizierung dieser Effekte Rechnung zu tragen, werden Simulationen mit drei unterschiedlichen Modellen durchgeführt. Länderspezifische Schocks wirken in diesen Modellen nicht nur direkt, sondern auch indirekt über Drittländer (vgl. Kasten 1).

Kasten 1

Zu den für die Simulationen der Folgen eines Wirtschaftseinbruchs in Russland verwendeten Konjunkturmodellen

Das Halle Economic Projection Model (HEPM) ist ein internationales makroökonomisches Modell neukeynesianischer Natur.¹ Die ausgewählten Länder bilden 75% des deutschen Handelsvolumens ab. Internationale Verflechtungen werden über die Abhängigkeit der inländischen Produktion vom realen Wechselkurs und von der konjunkturellen Dynamik im Ausland (gemessen anhand der handelsgewichteten Produktionslücken der übrigen Länder) einbezogen. Für die Simulation wird die Produktionslücke in Russland so wiedergegeben, dass die Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts entsprechend den Vorgaben des Risikoszenarios von der Basislösung abweichen.

Das Oxford Global Economic Model ist ein makroökonomisches Welt-Modell. 47 Volkswirtschaften werden en detail modelliert, die restlichen Länder sind in sechs Handelsgruppen zusammengefasst. Die Bruttoanlageinvestitionen Russlands wurden entsprechend simuliert, dass das reale Bruttoinlandsprodukt Russlands 2014 um 4% und 2015 um 2% unter dem Basis-Szenario liegt.

Das RWI-Mehrländermodell ist ein makroökonomisches Strukturmodell.² Es umfasst 39 Länder, die über eine Handelsmatrix miteinander verknüpft sind. Der Detailgrad der Modellierung der einzelnen Länder variiert dabei. Besonders umfassend modelliert sind die weltwirtschaftlich bedeutenden fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Kleinere Volkswirtschaften sind weniger umfangreich modelliert und weitere Länder, zu denen auch Russland gehört, sind nur durch die Importe berücksichtigt. Für die Simulation wurde aus diesem Grund der Zusammenhang zwischen Importen und Bruttoinlandsprodukt in Russland empirisch geschätzt. Diesem Wert entsprechend wurde aus dem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts ein Rückgang der Importe abgeleitet, der als Impuls in das Modell eingefügt wurde.

1 Vgl. S. Giesen, O. Holtemöller, J. Scharff, R. Scheufele: The Halle Economic Projection Model, in: Economic Modelling, 29. Jg. (2012), H. 4.

2 Vgl. S. Breuer, T. Schmidt: Warum sich Deutschland der Rezession im Euroraum widersetzen kann – Einsichten aus Simulationen mit dem RWI-Mehrländermodell, in: Wirtschaftsdienst, 92. Jg. (2012), H. 10, S. 687-691.

Tabelle 2

Konjunkturreinbruch in Russland: Auswirkungen auf das BIP ausgewählter VolkswirtschaftenBandbreiten der Simulationsergebnisse verschiedener Modelle¹ in %

	2014	2015
Russland	-4,0	-2,0
Deutschland	-0,1 bis -0,3	0,0 bis -0,4
Frankreich	0,0 bis -0,2	0,0 bis -0,2
Italien	0,0 bis -0,2	0,0 bis -0,3
Spanien	0,0 bis -0,2	0,0 bis -0,3
USA	0,0 bis -0,1	0,0 bis -0,2
Polen	-0,1 bis -0,2	-0,1 bis -0,5
Tschechien	-0,1 bis -0,5	-0,1 bis -0,4
Finnland	-0,2 bis -1,0	0,1 bis -0,7

¹ Oxford Global Economic Model, Halle Economic Projection Model, RWI-Mehrländermodell. Abweichung vom Basisszenario in %.

Quelle: Berechnungen der Institute.

Die Ergebnisse in Tabelle 2 zeigen, dass von einer Rezession in Russland besonders die Länder betroffen sind, die enge Handelsbeziehungen mit der russischen Wirtschaft unterhalten. Das sind von den ausgewiesenen Ländern vor allem Finnland, Polen und Tschechien. Die deutsche Wirtschaft wäre stärker von einer Rezession in Russland betroffen als andere fortgeschrittene Volkswirtschaften wie die USA, Frankreich, Italien und Spanien.

Ein weiteres Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum stellt eine mögliche Verschärfung der Sanktionen dar. Im schlimmsten Fall könnte eine Spirale gegenseitiger Wirtschaftssanktionen zwischen Russland und dem Westen zu einer teilweisen oder vollständigen Unterbrechung der Öl- und Gaslieferungen Russlands an die Länder der Europäischen Union führen. Dies würde für beide Seiten schwerwiegende wirtschaftliche Folgen haben, die über die hier dargestellten Effekte deutlich hinausgingen.

Gesamtwirtschaftliche Effekte des flächendeckenden Mindestlohns

Die Bundesregierung hat angekündigt, ab dem 1.1.2015 einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro brutto je Stunde einzuführen. Die damit verbundenen Konsequenzen für Beschäftigung, Produktion, Löhne, Preise und Einkommen lassen sich vorab nur mit großer Unsicherheit quantifizieren.

Bereits die Datenlage ist nicht eindeutig. Eine wichtige empirische Grundlage ist das Sozio-ökonomische Panel (SOEP). In dessen Rahmen werden unter anderem die Bruttolöhne und die Arbeitszeiten erfragt. Allerdings weist das SOEP erheblich niedrigere Stundenlöhne aus als die Volkswirtschaftlichen

Gesamtrechnungen, unter anderem weil es Urlaubs- und Krankheitstage nicht berücksichtigt. Zudem müssen die Angaben des SOEP auf die gesamtwirtschaftliche Ebene hochgerechnet werden. Der folgenden Analyse liegt die Hochrechnung zugrunde, dass gegen Ende 2014 voraussichtlich rund 5,3 Mio. Arbeitnehmer (14% aller Arbeitnehmer) zu einem Lohn von weniger als 8,50 Euro brutto je Stunde arbeiten werden.² Allerdings sind nicht alle diese Arbeitnehmer tatsächlich vom Mindestlohn betroffen. So sind bis Ende 2016 Arbeitnehmer, für die laut Tarifvertrag ein geringerer Lohn gilt, von der Regelung ausgenommen. Darüber hinaus soll es nach der Gesetzesvorlage Ausnahmetatbestände geben, beispielsweise für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten nach ihrer Einstellung sowie für Personen unter 18 Jahren. Zudem ist es wahrscheinlich, dass die Mindestlohnregelungen umgangen werden – etwa durch unbezahlte Mehrarbeit oder die Umwandlung von abhängiger Beschäftigung in Arbeit auf Werkvertragsbasis. Alles in allem unterstellen die Institute, dass die Regelung im Jahr 2015 rund 4 Mio. Arbeitnehmer berühren wird.

Für diese Beschäftigten ergeben sich durch den Mindestlohn sehr kräftige Steigerungen der Stundenlöhne, zum Teil um mehr als 100%, sofern ihr Arbeitsplatz erhalten bleibt. Im Durchschnitt steigt der Stundenlohn ausgehend von 6,50 Euro je Stunde durch die gesetzliche Lohnuntergrenze in dieser Gruppe um rund 2 Euro, also um knapp ein Drittel.

Die Wirkungen des Mindestlohns auf die Beschäftigung der Betroffenen lassen sich nur schwierig abschätzen, und deshalb sind auch die Effekte auf das gesamtwirtschaftliche Lohnniveau, den Arbeitsmarkt, das Bruttoinlandsprodukt und das Preisniveau mit erheblicher Unsicherheit behaftet. So variieren die Schätzungen über die langfristige Lohnelastizität der Arbeitsnachfrage beträchtlich. Zudem werden sich die durch den Mindestlohn ausgelösten Anpassungen voraussichtlich über viele Jahre erstrecken. Für die Prognose der Wirkungen des Mindestlohns im Jahr 2015 unterstellen die Institute eine kurzfristige Lohnelastizität von nur -0,15.

² Als empirische Grundlage dient die Erhebungswelle 2012 (v29) des SOEP. Verwendet wurden aus der Erhebung die Angaben der Arbeitnehmer mit Ausnahme von Personen, die der künftigen Mindestlohnregulierung im Wesentlichen nicht unterliegen werden: Auszubildende und Praktikanten, Personen in arbeitsmarktpolitischen Beschäftigungsmaßnahmen (etwa in den sogenannten Arbeitsgelegenheiten), Wehrdienstleistende und Beschäftigte in Behinderteneinrichtungen. Anhand der Informationen über die monatlichen Bruttolöhne und die geleisteten Arbeitsstunden der Arbeitnehmer sind deren Bruttostundenlöhne im Jahr 2012 ermittelt worden. Diese wurden anhand der amtlichen Lohnstatistik für 2013 und anhand eines von den Instituten prognostizierten Lohnanstiegs (ohne Einführung von Mindestlöhnen) bis 2015 fortgeschrieben. Zur Anpassung an amtliche Statistiken wurden die SOEP-Daten hinsichtlich der Arbeitnehmerzahl, des Arbeitsvolumens und der Bruttolohnsumme gewichtet – und zwar mit denjenigen Werten, die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit nach Prognose der Institute für das Jahr 2015 zu erwarten wären, wenn es nicht zur Einführung von Mindestlöhnen käme.

Tabelle 3
Effekte des Mindestlohns 2015

Jahresdurchschnitte

	Prognose		Referenzszenario ohne Mindestlohn		Differenz	
	Niveau	Veränderung ³	Niveau	Veränderung ³	Niveau	Veränderung ⁴
Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen ¹ (Mrd. Stunden)	58 737	0,4	58 933	0,7	-196	-0,3
Stundenlohn ¹ (Euro je Stunde)	25,14	3,6	24,94	2,5	0,2	1,1
Bruttolöhne und -gehälter ¹ (Mrd. Euro)	1 249	4,0	1 243	3,3	6	0,7
Erwerbstätige ¹ (1000 Personen)	42 236	0,2	42 435	0,6	-200	-0,4
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30 260	1,4	30 183	1,1	77	0,3
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 513	-5,5	4 773	0,1	-260	-5,5
Arbeitslose (1000 Personen)	2 883		2 781		102	
Arbeitslosenquote in %	6,7		6,3		0,3	
Erwerbslose (1000 Personen)	2 172		1 972		200	
Erwerbslosenquote in %	4,9		4,4		0,4	
Stundenproduktivität ² (Euro je Stunde)	43,96	1,6	44,05	1,8	0,09	0,2
Verbraucherpreise		1,8		1,6		0,2
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. Euro)	2 582	2,0	2 584	2,1	2,6	-0,1

¹ Im Inland. ² Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. ³ Gegenüber dem Vorjahr in %. ⁴ Differenz der Veränderungsrate in Prozentpunkten.

Quelle: Berechnungen der Institute.

Die Lohnanstiegsraten in den unteren Lohnkategorien des SOEP implizieren zusammen mit der unterstellten kurzfristigen Lohnelastizität einen Rückgang des betroffenen Arbeitsvolumens im Niedriglohnbereich um 4%.

Bezogen auf das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen beträgt die Einbuße im Jahr 2015 unter den genannten Annahmen 0,3 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 3). Da das Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen im Niedriglohnbereich deutlich unterdurchschnittlich ist – viele Arbeitnehmer sind hier in Teilzeit oder geringfügig beschäftigt –, sinkt die Erwerbstätigkeit etwas stärker als das Arbeitsvolumen, nämlich um 0,4 Prozentpunkte oder 200 000 Stellen; der effektive Stundenlohn steigt um 1,1 Prozentpunkte (jeweils gegenüber dem Referenzszenario ohne Mindestlohn).

Die höheren Lohnkosten der Unternehmen dürften teilweise in die Preise überwältigt werden. Vor allem im Dienstleistungsbereich dürften die Preise anziehen, etwa im Gast-

stätten- und Beherbergungsgewerbe, bei sozialen Einrichtungen sowie bei persönlichen Dienstleistungen. Für 2015 unterstellen die Institute, dass die Unternehmen die Hälfte des Lohnkostenschubs von 6 Mrd. Euro in ihren Gewinnmargen absorbieren, die andere Hälfte jedoch auf die Preise überwälzen. Der Anstieg des Deflators der privaten Konsumausgaben erhöht sich dadurch um 0,2 Prozentpunkte.

Aufgrund des verminderten Arbeitseinsatzes dürfte die Einführung des Mindestlohns auch unter Berücksichtigung der von der höheren Lohnsumme ausgehenden Nachfrageeffekte sowohl langfristig als auch kurzfristig mit Produktionseinbußen verbunden sein. Für 2015 taxieren die Institute den gesamtwirtschaftlichen Produktionsverlust auf 0,1 Prozentpunkte. Er fällt damit niedriger aus als der Rückgang des Arbeitsvolumens, weil vor allem Arbeitsplätze mit geringer Produktivität wegfallen. In der mittleren und langen Frist dürften die Effekte größer ausfallen.

Title: Spring 2014 Joint Forecast

Abstract: In 2014 and 2015 the German economy will, according to the joint economic forecast, be in an upswing that is mainly driven by strong internal demand. The institutes assess the risks coming from a possible slump of the Russian economy. Simulations with macroeconomic models show that Germany is more affected than other large economies in Europe such as France and Italy. The new minimum wage is a further risk for the German economy that it is difficult to assess. According to this forecast, the minimum wage will, when it comes into effect in 2015, mainly have an adverse effect on employment. Since in general only jobs with low productivity will be lost, the effect on production will be markedly smaller.

JEL Classification: C5, E2, J3